

6 Die Identität Italiens

Die nationale Identität Italiens wird im Folgenden durch zwei sicherheitspolitische Diskurse erfasst. Dies ist zum einen die Grundsatzentscheidung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Form des italienischen Beitritts zur NATO. Zum anderen wird – vierzig Jahre später – die Debatte anlässlich des Zweiten Golfkriegs analysiert, unmittelbar nachdem der Ost-West-Konflikt zu Ende gegangen war, aber kurz vor dem drastischen Wandel des italienischen Parteiensystems.

A Der italienische Diskurs zum NATO-Beitritt (1947-1949)

(Ilka Leisenheimer)

Einleitung

Die Diskussion um den NATO-Beitritt Italiens kann als erster entscheidender Schritt auf dem Weg der „*scelta per l'Occidente*“ (Wahl für den Westen) der Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik Italiens nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges angesehen werden (Magagnoli 1999: 29). Die italienischen Politiker der Nachkriegszeit verfolgten das Ziel, schnellstmöglich die Wiedergewinnung der Souveränität Italiens zu erreichen und das Ansehen des Landes im internationalen System zu fördern. Mit der Integration Italiens in das europäische System und dem NATO-Beitritt 1949 wurde die Westintegration des Landes und die erste klare Orientierung auf internationaler Bühne nach dem Friedensvertrag von 1947 deutlich.

Anhand der langwierigen und kontroversen Debatte über den Beitritt zur Nordatlantischen Allianz können wichtige Identitätselemente und Argumentationsführungen italienischer Außenpolitik erkannt werden. Die Diskussion mobilisierte zusätzlich alle wichtigen Diskursträger des Landes, da die Zukunft der italienischen außenpolitischen Orientierung festgelegt wurde.

Die für diese Studie herangezogene Literatur bezieht sich hauptsächlich auf die von Antonio Liberti und Luigi Cortesi herausgegebene italienische Parlamentsdebatte vom 11.–18. März 1949 zum NATO-Beitritt, zudem auf eine ausführliche Studie von Alexander Kelle zur Sicherheitspolitik Italiens von 1949–1988, sowie auf Aufsätze zur italienischen Außenpolitik von Varsori, Vordemann und Pistone. Damit wurden für diese Analyse auch Primärquellen einbezogen.

Es erfolgt zunächst eine etwas ausführlichere Darstellung des Diskurskontextes, um die Einbettung des Diskurses zu erläutern und verständlich zu machen. Dann erst wird auf den Diskurs im Besonderen eingegangen.

Diskurskontext

Vom Ende des II. Weltkrieges bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages
(10.2.1947)

Im Sommer 1943 kapitulierte Italien, unterzeichnete am 3. September 1943 einen Waffenstillstandsvertrag mit den Alliierten und erklärte am 13. Oktober 1943 Deutschland den Krieg. Das nicht von den deutschen Truppen besetzte Süditalien befand sich jedoch in den letzten zwei Kriegsjahren unter einem angloamerikanischen Besatzungsregime und erhielt zusätzlich den Status einer „*nazione cobelligerante*“, einer mitkriegsführenden Partei (Woller 1988: 12). Zwischen den Besatzungsmächten herrschten jedoch unterschiedliche Meinungen zum weiteren Verhalten gegenüber Italien. Die USA plädierten für einen schnellen Wechsel des italienischen Status vom bestehenden Besatzungs- zum Friedenszustand. Großbritannien hingegen stimmte dafür, die Mitschuld Italiens im Friedensprozess aufzugreifen. Auch zeigte sich bereits das Spannungsverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion in Bezug auf Italien. Beide Parteien versuchten von 1943 bis 1945, die ideologische Orientierung des Landes zu beeinflussen (Kelle 1997: 107). Nach 1944 konnte sich jedoch noch keine einheitliche außenpolitische Orientierung der „*unità nazionale*“³³⁷, Italiens Nachkriegsregierung, durchsetzen.

Das Hauptaufgabefeld der italienischen Außenpolitik zwischen 1945 und 1946 lag zunächst in der Gestaltung des Friedensvertrages. Italiens Regierung versuchte deutlich zu machen, dass das Land vollständig mit dem Faschismus abgeschlossen hätte und als Verbündeter der Alliierten anerkannt werden könnte; sie konnte damit während den Verhandlungen um den Friedensvertrag jedoch kaum Einfluss geltend machen. Das Ergebnis war ein Kompromiss der Siegermächte, der den Vorstellungen Italiens widersprach: Italien wurde als Mitschuldiger am Kriegsausbruch betrachtet,³³⁸ wobei die Forderungen des Friedensvertrages im Gegensatz zur liberalen Politik der Besatzungsmächte standen und das Vertrauen der Italiener in die westlichen Siegermächte stark belasteten (Kelle 1997: 108).

³³⁷ Die *unità nazionale* wurde am 22. April 1944 gebildet und setzte sich zusammen aus Christdemokraten (Democrazia Cristiana - DC), Kommunisten (Partito comunista italiano - PCI), Sozialisten (Partito socialista di unità proletaria - PSIUP), Liberalen (Partito liberale italiano - PLI), einer sozialdemokratischen Splitterpartei und Mitgliedern der Aktionspartei (Partito d'Azione - Pd'A) (Drago und Boroli 1997: 523).

³³⁸ Im Friedensvertrag wurde unter anderem ausgehandelt, dass Italien die Kolonien verlieren sollte, die Grenzen in den Alpen und im Osten verändert würden, es einen Teil der Kriegflotte und der Handelsflotte abbauen musste und große Entschädigungssummen an die Siegermächte zu zahlen hatte (Rainero 1988: 149).

Am 10. Februar 1947 entschieden sich Premierminister Alcide de Gasperi und Außenminister Carlo Graf Sforza, den Friedensvertrag der Siegermächte zu unterzeichnen, der dann im Juli 1947 von der Nationalversammlung ratifiziert wurde. Die Regierung forderte jedoch sofort nach Unterzeichnung des Vertrages eine Revision, die später bewirkte, dass die Westmächte auf ihren Teil der Reparationen verzichteten und Italien zusicherten, sie bei der Rückgewinnung Triests zu unterstützen (Vordemann 2000: 45).

Mit der Unterzeichnung des Vertrages wurde Italien formell wieder zu einem souveränen Staat. Eine konkrete außenpolitische Linie hatte Italien bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefunden, da es zunächst mit keinem der vier Siegermächte in Konfrontation geraten wollte. Nach der für Italien schwierig zu akzeptierenden Friedenslösung änderte sich jedoch auch die bis dahin relativ neutrale Position der italienischen Führung. Aufgrund der wirtschaftlich desolaten Lage des Landes stimmte Italien im Juni 1947 dem Marshall-Plan zu. Durch diese Entscheidung wurde der Weg zur Westintegration bereits angedeutet, durch das Wahlergebnis der Parlamentswahlen 1948 verstärkt, eine eindeutige Entscheidung für den Westen wurde jedoch erst 1949 mit dem Beitritt zur NATO getroffen.

Die Parlamentswahlen (18. April 1948) im Blickfeld der internationalen Gemeinschaft

Italien wurde auch 1947 noch von der *coabitazione forzata*³³⁹, einer antifaschistischen Koalitionsregierung unter Beteiligung der italienischen Kommunisten und Sozialisten und unter der Führung De Gasperis, regiert.

Die Christdemokraten und besonders De Gasperi versuchten, einen engen Kontakt zu den USA zu entwickeln. Nach einem Besuch des italienischen Premierministers in den USA wurde De Gasperi als Ansprechpartner Amerikas anerkannt. Dies und auch der politische Kurswechsel der USA stärkten seine Position, woraufhin er sowohl die Kommunisten als auch die Sozialisten drängte, die Regierungskoalition zu verlassen. Die beiden linken Regierungsparteien versuchten nicht, ihre Funktion als Koalitionspartner aufrecht zu erhalten, da sie hofften, bei den ersten freien Parlamentswahlen im April 1948 zu gewinnen. Die Oppositionsposition und die damit verbundene Kritikmöglichkeit wurde aufgrund der schwierigen politischen wie wirtschaftlichen Lage des Landes als bessere Chance wahrgenommen (Varsori 2000: 240 f.).

Im Frühling 1948 richtete sich die internationale Aufmerksamkeit auf Italien, nun es stellte sich die Frage, ob Italien sich an der Sowjetunion orientieren und kommunistisch werden würde. Die innenpolitische Stimmung in Italien ließ

³³⁹ Regierungsparteien: Democrazia cristiana, Partito socialista italiano, Partito comunista italiano.

einen kommunistischen Wahlsieg vermuten oder gar eine gewaltsame Machtübernahme der Kommunistischen Partei (PCI) befürchten. Die Anhängerschaft der PCI hatte sich seit 1943 beständig erhöht und auch die wirtschaftlich desolante Lage des Landes stellte einen fruchtbaren Boden für kommunistische Strömungen dar.³⁴⁰

De Gasperi nahm seine Kontakte zu den USA auf, bat um eine Waffenlieferung und forderte, den amerikanischen Truppenrückzug aus Italien zu verzögern. In Amerika sah man Italien ebenso wie die Türkei und Griechenland als Frontland. Die Gefahr eines kommunistischen Putschversuches in Italien führte dazu, dass die USA im Herbst 1947 De Gasperi und seine christdemokratische Regierung stärker finanziell förderten. Sie erhöhten die Anzahl der Weizenlieferungen, weiteten die Dollarkredite aus, stoppten vorläufig den Truppenrückzug und genehmigten später auch Waffenlieferungen an Italien.³⁴¹ Amerika war bereit, sich gegebenenfalls auch militärisch in Italien für den Sieg der Christdemokraten einzusetzen. Hätte die PCI unter Togliatti 1948 einen Putschversuch unternommen und die politische Führung in Italien an sich gezogen, wäre es wahrscheinlich zu einem Krieg zwischen kommunistischen Truppen und von den USA unterstützten Regierungstruppen gekommen. Dies hätte schnell zu einem erneuten Konflikt mit globaler Auswirkung eskalieren können. Das Verhalten der USA im Falle eines legalen Wahlsieges der PCI war hingegen unklar. Man hoffte jedoch, dass keine Regierung ohne amerikanische Wirtschaftshilfe das Land wieder aufbauen konnte und das Volk dann bald wieder auf amerikanischer Seite stehen würde (Woller 1988: 89).

Der Wahlkampf wurde der italienischen öffentlichen Meinung nicht wie eine Parlamentswahl, sondern wie eine Entscheidung zwischen den beiden Systemen der USA oder der Sowjetunion dargestellt. Dabei wurde von Seiten der Christdemokraten mit Unterstützung der USA und der italienischen konservativen Presse die amerikanischen Wirtschafts- und Finanzhilfen deutlich

³⁴⁰ In Italien herrschte 1947 eine soziale Misere mit hoher Arbeitslosenzahl, Hungers- und Wohnungsnot, das große Außenhandelsdefizit und die hohe Inflation kamen erschwerend hinzu. Dies sorgte u.a. für aufkeimende kommunistische sowie faschistische Propaganda und zahlreiche Streikwellen, welche die Stellung der Regierung De Gasperis gefährdeten. Das Ziel der meist von den Linksparteien initiierten Streiks war die Ablösung der DC-Regierung (Woller 1988: 79).

³⁴¹ Zunächst sollten nur „small arms“ aus amerikanischen „surplus“ Beständen an die Italiener geliefert werden. Dies hätte für die USA kaum Kosten verursacht und wäre ohne Zustimmung des Kongresses möglich gewesen. De Gasperi drängte jedoch auf die Lieferung schwerer Waffen. Nach dem Prager Staatsstreich im Februar 1948 befürchtete man auch in den USA mehr denn je die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion, und der Waffentransport für Italien wurde eingeleitet. De Gasperi lehnte die Waffenlieferung der Amerikaner, um die er zuvor immer gebeten hatte, jedoch im März 1948 überraschend ab. Er argumentierte, der Waffentransport dürfe erst nach den Wahlen begonnen werden, da eine Waffenlieferung seine Wahlchancen verringern könnte. Die Kommunisten hätten durch eine Waffenlieferung der USA die Möglichkeit, die Kriegsängste der Bevölkerung hervorzurufen und die Regierung als Kriegshetzer darzustellen. Die Diskussion um die Waffenlieferung zögerte De Gasperi solange hinaus, bis sichergestellt war, dass sie nicht mehr dem Wahltermin eintreffen konnten. Vgl. eine ausführliche Darlegung der Parlamentswahlen 1948 in: Woller 1988: 89 – 92.

hervorgehoben. Von amerikanischen Bürgern italienischer Abstammung wurde unter anderem die Aktion „*lettere agli italiani*“ organisiert. Diese Briefe an die Italiener bedeuteten eine Wahlpropaganda für den Westen, die USA und somit die DC, in der verdeutlicht wurde, dass alle wirtschaftlichen Unterstützungen der USA an Italien unterbunden würden, falls die Kommunisten die Wahl gewännen. Auch die Katholische Kirche unter Papst Pius XII. unterstützte die Christdemokraten im Wahlkampf und verurteilte den Kommunismus öffentlich. Den Wählern wurde massiv verdeutlicht, dass die *Democrazia Cristiana* für das Fortbestehen der amerikanischen Unterstützung stand (Wöller 1988: 92f). Bei den Parlamentswahlen am 18. April 1948 siegte die DC mit 48,5 %. Die Kommunisten und die Sozialisten verloren massiv an Stimmen.³⁴²

Vom Brüssler Pakt bis zum NATO-Beitritt Italiens 1949

Die „*scelta per l'Occidente*“, die sich – wie erläutert – bereits zweimal angedeutet hatte, wurde 1948 kurzzeitig unterbrochen. Anfang 1948 trafen sich die Benelux-Staaten, Frankreich und Großbritannien zu Verhandlungen für einen westeuropäischen militärischen Beistandspakt, zu denen auch Italien eingeladen wurde. Außenminister Sforzas erste Reaktion auf die Idee einer West-Union war zunächst positiv, denn er sah die italienische Beteiligung als eine Möglichkeit. Italien wieder als gleichberechtigte europäische Macht zu etablieren. Aufgrund der vom britischen Außenminister vorgetragenen Einladung sah sich Italien jedoch auch dazu befähigt, Forderungen an die westlichen Staaten zu stellen, wie beispielsweise eine Revision einiger Aspekte des Friedensvertrages sowie die Zusage einer gleichberechtigten Rolle. Aufgrund der innenpolitischen Situation Italiens vor den Parlamentswahlen duldeten die europäischen Mächte Italiens Forderungen zunächst. Gleichzeitig versuchte die amerikanische Regierung, Druck auf Italien auszuüben, um den italienischen Beitritt zum Brüssler Pakt zu gewährleisten (Magagnoli 1999: 33f.).

Vor den Parlamentswahlen änderte die Regierung jedoch ihre zunächst positive Einstellung zum Bündnis, da die linken Parteien das Bündnis als einen „aggressiven Pakt“ darstellten und die DC somit um Wählerstimmen bange. Zusätzlich sah sich die italienische Regierung im Entstehungsprozess des Bündnisses übergangen und von einer aktiven Rolle ausgeschlossen, da sie gemäß des Friedensvertrages weiterhin die Flotte verringern und Reparationen in Milliardenhöhe zahlen musste. Auch die nicht geplante Integration der USA in die westliche Union sprach gegen Italiens Beteiligung. Die informelle Militärhilfe der USA, die seit 1947 die militärische Sicherheit Italiens gewährleistete, wurde von der italienischen Regierung höher bewertet als die Mitgliedschaft in einer noch ungeklärten West-Union (Kelle 1997: 129).

³⁴² De Gasperi stellte ab dem 23. Mai 1948 zusammen mit der PLI, PSLI und PRI die Regierung rago und Boroli 1997: 534).

Der Brüssler Vertrag wurde im März 1948 von Frankreich, England und den Benelux-Staaten ohne die Beteiligung Italiens geschlossen. Italiens Entscheidung, dem westlichen Bündnis doch nicht beitreten zu wollen, wurde von den europäischen Staaten kritisch bewertet. Italiens Integrationswille in westliche Systeme wurde sowohl von Frankreich und Großbritannien als auch von den USA angezweifelt.

Nach den gewonnenen Wahlen im April 1948 veränderte sich abermals der außenpolitische Kurs der italienischen Regierung. Aufgrund des deutlichen Wahlsieges sah sich die DC gestärkt und schätzte auch das Ansehen Italiens in der internationalen Gemeinschaft als verbessert ein. Die militärische und finanzielle Unterstützung der Vereinigten Staaten, die auch erheblich zum Wahlsieg der DC beigetragen hatte, glaubte die Regierung auch weiterhin gesichert. Die USA verringerte jedoch die Militärhilfen für Italien und lehnte zugleich ab, ein bilaterales Sicherheitsabkommen mit Italien zu schließen.

Trotz vieler innenpolitischer Gegenstimmen wollte die Regierung wieder ihr Interesse am Brüssler Vertrag anmelden. Das italienische Außenministerium hatte jedoch das italienische Image und das Interesse der europäischen Staaten an Italiens Mitgliedschaft falsch eingeschätzt. Politische Ereignisse wie die Berlin-Blockade standen jetzt im Vordergrund des westlichen Interesses. Italien schien aus internationalem Blickwinkel nach den gewonnenen Wahlen der DC innenpolitisch stabilisiert zu sein und eine unterstützende, aktive militärische Rolle im westlichen Verteidigungsbündnis traute man den Italienern noch nicht zu. Eine spätere Aufnahme Italiens in den Brüssler Vertrag scheiterte somit am Desinteresse der Mitgliedstaaten (Varsori 2000: 241).

Zu den ersten Verhandlungen der Mitgliedstaaten des Brüssler Paktes sowie Kanadas und der USA im Herbst 1948 über ein mögliches westliches Verteidigungsbündnis wurde Italien folglich nicht eingeladen. Besonders Großbritannien sprach sich – wie schon bei den Verhandlungen zum Brüssler Vertrag – gegen Italien als Gründungsmitglied des Nordatlantikpaktes aus. Der Verlust des italienischen Einflusses im Mittelmeerraum, herbeigeführt unter anderem durch die Bestimmungen des Friedensvertrages, wie die Abgabe italienischer Kolonien und die rüstungspolitischen Begrenzungen, wurden von der britischen Regierung als Hauptargumente angeführt. Man fürchtete, Italien könne keinen eigenständigen produktiven Beitrag leisten.

Auch innerhalb der USA wurden zunächst Stimmen gegen die Integration Italiens in die NATO laut, was jedoch hauptsächlich daran lag, dass man sich über die Anzahl der Mitgliedstaaten im Unklaren war.³⁴³ Ab März 1949 wurde die italienische Beteiligung jedoch von der Truman-Regierung unterstützt.

³⁴³ Die beiden Hauptakteure waren einerseits George Kennan, der sich gegen einen Beitritt Italiens aussprach, da Italien kein Anrainerstaat des Nordatlantiks sei und das geographische Einzugsgebiet der NATO möglichst gering sein sollte, um der Sowjetunion nicht das Gefühl einer „Einkesselung“ zu geben.

Die französische Position zum NATO-Beitritt Italiens veränderte sich im Laufe der Zeit. Zunächst sprach sich auch die französische Regierung aufgrund ähnlicher Argumente wie die der Briten gegen die Integration Italiens aus. Ende 1948 erkannte man jedoch die Gefahr für die eigene Sicherheit aufgrund der gemeinsamen französisch-italienischen Grenze und einem möglichen sowjetischen Angriff. Frankreich unterstützte den italienischen Beitritt fortan hauptsächlich aufgrund eigener Sicherheitsinteressen. Dies führte jedoch auch dazu, dass die USA sich positiv für Italien entschieden und auch die Briten die Beitrittseinladung anerkannten (Kelle 1997 : 116 f.).

Die italienische Regierung zeigte zu Beginn der Verhandlungen kein großes Interesse an einer Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt. Erst im Januar 1949 sprach sich die Regierung für eine Beteiligung in der Nordatlantischen Allianz aus. Zuvor hatte der italienische Botschafter Tarchiani versucht, der Regierung klarzumachen, dass Italien aus dem Kern westlicher europäischer Mächte ausgeschlossen sein würde, wenn es keinen Beitragsantrag stellte (Magagnoli 1999 : 36).

Nach einer über 50-stündigen Parlamentsdebatte vom 11.–18. März 1949 entschieden sich die Parlamentsabgeordneten schließlich mit 324 Pro-Stimmen, 170 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen für den Beitritt Italiens zur NATO. Im Senat wurde am 27. März 1949 mit 183 Pro- und 112 Contra-Stimmen der Mitgliedschaft Italiens im Nordatlantikpakt ebenfalls zugestimmt (Drago und Boroli 1997: 539). Italien unterzeichnete daraufhin am 4. April 1949 als eines der zwölf Gründungsmitglieder den NATO-Vertrag.

Argumentationsmuster und Identitätselemente

Die Debatte über den Beitritt Italiens zur NATO mobilisierte alle bedeutenden Diskursträger des Landes. Die Bruchlinien verliefen hauptsächlich zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien und ihren jeweiligen Anhängern. Die DC-Linke wich zwar im Diskursverlauf in ihrer Argumentation teilweise von der Regierungslinie ab, bei der endgültigen Entscheidung auf Koalitionsebene wurde jedoch einheitlich abgestimmt. Die Argumentationslinie der DC wurde sowohl von den politischen Eliten als auch von Teilen der Katholischen Kirche massiv unterstützt.

Die Oppositionsparteien, vor allem PSI und PCI, sprachen sich gegen eine Mitgliedschaft Italiens in einem Militärbündnis aus, stützten ihre Interessen allerdings auf unterschiedliche Argumentationen. Die öffentliche Meinung im Diskurs war uneinheitlich. In der Zeit der Parlamentsdebatten gab es zahlreiche

zu geben. Befürworter war John Hickerson, Abteilungsleiter für Europaangelegenheiten, der Italien in die NATO integrieren wollte, da der Staat der westlichen Wertegemeinschaft angehöre (Kelle 1997: 112).

Demonstrationen gegen einen NATO-Beitritt, und die von den Sozialisten und Kommunisten organisierte Mobilisierung der Bevölkerung gegen den Beitritt zur Allianz hatte zahlreiche Streiks in Italiens Großstädten zur Folge. Zugleich wird häufig darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung, ebenso wie die sozialistischen Parteien und auch kurzzeitig die Regierung der Nachkriegszeit, die Neutralität Italiens und somit keine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis befürwortet hätte (Liberti und Cortesi 1989: 38). Es ist jedoch auch nachweisbar, dass das italienische Volk die USA als das Land ansahen, welches Italien finanziell und politisch am meisten unterstützte. Eine Umfrage im November 1948 hatte ergeben, dass 46% der Italiener sich für den Beitritt Italiens zur NATO aussprachen, 15% dagegen waren, und ca. 37% keine eindeutige Meinung hatten (zitiert nach: Kelle 1997 : 118).

The principle of „non-exclusion“³⁴⁴ - Italien als eine der großen Mächte

Die Parlamentsdebatte wurde am 11. März 1949 von Ministerpräsident De Gasperi³⁴⁵ eröffnet. In seiner Rede legte er die Leitlinie der *Democrazia Cristiana* fest, den Beitritt Italiens zur NATO zu verwirklichen. Die Regierung wollte auf keinen Fall „Außen-vor-bleiben“ und somit aus dem Kern der großen Mächte ausgeschlossen werden. Diese Linie wurde auch konsequent von der politischen Elite, italienischen Diplomaten und Botschafter Tarchiani vertreten. Sollte Italien der NATO jetzt nicht beitreten, bestand die Gefahr der Marginalisierung des Landes und seines außenpolitischen Ansehens. Durch die Mitgliedschaft könnte das politische Image des Landes verbessert werden, zudem bestand die Möglichkeit, sich an einem westlichen Bündnis unter gleichen Voraussetzungen wie die großen Mächte zu beteiligen (Varsori 2000: 242).

Für Italien war es notwendig, den Anschluss an Europa und die westliche Welt nicht zu verlieren. De Gasperi erklärte deshalb:

„*Usciamo dalle considerazioni ideologiche di parte: guardiamo all'Europa e al mondo com'è. I patti collettivi verano fatti con noi o senza di noi e con noi o senza di noi saranno fattori decisivi della politica internazionale dell'Europa e del mondo*“ (zit. n. Ferraris 1996 : 46).³⁴⁶

In seiner Argumentation stützte sich De Gasperi hauptsächlich auf die Aufgaben und Ziele des nordatlantischen Bündnisses und der unbedingten Notwendigkeit, dem Nordatlantikpakt beizutreten. Er betonte dabei ausdrücklich

³⁴⁴ Diese Formulierung stammt von Bonvincini (Bonvincini 1999: 4).

³⁴⁵ Vgl. Rede des Ministerpräsidenten De Gasperi am 11. März 1949 (Liberti/Cortesi 1989: 45 – :

³⁴⁶ „Verlassen wir ideologische, parteiische Anschauungen: blicken wir auf Europa und auf die) so wie sie ist. Die Kollektivverträge werden mit oder ohne uns gemacht werden, und mit oder uns, werden sie entscheidende Faktoren der internationalen Politik Europas und der Welt sein.“

den friedlichen Charakter sowie die Vereinbarkeit des Vertrages mit der UN-Charta³⁴⁷. Auch Außenminister Sforza³⁴⁸ betonte, dass Italien sich dem Bündnis anschließen müsse, um nicht isoliert außerhalb der westlichen Verbündeten zu stehen.

Von NATO-Gegnern, wie beispielsweise Pietro Nenni³⁴⁹, Parteichef der PSI, wurde diese Argumentation abgelehnt. Italien brauche die NATO nicht, um Teil der großen Mächte zu sein, denn Italien habe innerhalb des von der USA geführten Bündnisses kein Mitspracherecht: „*Siamo solidali con l'America senza avere la benché minima possibilità di influire sulle sue decisioni*“³⁵⁰ (zit.n. Liberti und Cortesi 1989: 59).

Italien als unabhängiger Staat

Der Argumentationsführung der *non-exclusion* steht die gewünschte Unabhängigkeit Italiens entgegen, die von den Sozialisten und zum Teil von der DC-Linken angestrebt wurde. Die PSI lehnte grundsätzlich, zusammen mit der PCI, die Absicht ab, Italien in ein Militärbündnis mit den USA einzugliedern. Die PCI bevorzugte dabei eine Annäherung Italiens an die Sowjetunion, Teile der PSI hingegen sprachen sich für eine mögliche Neutralität des Landes aus.

Die Partei der Sozialisten verfolgte keine einheitliche Argumentation innerhalb des NATO-Diskurses. Die PSI-Linke näherte sich an die Argumentationskette der PCI an, deren Hauptargument auf der Aggressivität der NATO und der Blockbildung beruhte. Der zentristische Flügel der PSI tendierte jedoch dazu, eine eindeutige Wahl zwischen einer der beiden Blöcke zu vermeiden. Eine Lösungsmöglichkeit für Italien sahen sie in der politischen und militärischen Unabhängigkeit des Landes. Gegen Ende des Diskurses einigten sich die beiden großen linken Parteien und deren Flügel jedoch auf eine einheitliche Argumentation. Man akzeptierte seitens der Kommunisten den Begriff der Neutralität auf allen Ebenen und argumentierte zukünftig auf gemeinsamer Basis, d. h. auch die Sozialisten tolerierten die Sowjetunion als politische Ausrichtung. Gemeinsam interpretierte man Bündnisse wie die NATO und den Brüssler Vertrag als aggressive Politik des Westens gegen die Sowjetunion (Kelle 1997: 122).

Auch die DC strebte zunächst eine Unabhängigkeit des Landes an. Noch im Wahlkampf 1948 hatte sie damit geworben, nicht bereit zu sein, Italien in ein Militärbündnis einzugliedern. Als die Bemühungen um ein bilaterales

³⁴⁷ Italien wurde erst 1955 in die UNO aufgenommen. Ein früherer Beitritt scheiterte am Veto der Sowjetunion im Sicherheitsrat, was für Italien als sehr demütigend empfunden wurde (Ferraris 1996: S.61).

³⁴⁸ Vgl. Rede des Außenministers Sforza, am 15. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 113–120).

³⁴⁹ Vgl. Rede des Parteichefs der PSI Nenni, am 12. März 1949 (Liberti/Cortesi 1989: 56–61).

³⁵⁰ „Wir sind mit Amerika solidarisch, obwohl wir nicht die geringste Möglichkeit haben, ihre Entscheidungen zu beeinflussen.“

Abkommen mit den USA scheiterten, entschied die Regierung sich jedoch, eine NATO-Mitgliedschaft zu beantragen.

Eine Argumentation der Regierung beruhte darauf, dass Italien innerhalb des Bündnisses seine Souveränität nicht würde aufgeben müssen. De Gasperi wies in seiner Eröffnungsrede vor dem Parlament darauf hin, dass es innerhalb des Vertrages die sogenannte Beistandspflicht geben würde. Die Sicherheit der Mitgliedsländer, so auch für Italien, werde ein Hauptziel der NATO sein. Dabei würden die einzelnen Mitglieder ihre Souveränität nicht aufgeben, sich nicht einer automatischen Beistandspflicht, wie beispielsweise innerhalb des Brüsseler Vertrages vorgeschrieben, anschließen müssen. Das Argument des nicht vorhandenen „*automatismo*“ hatte in der Debatte einen großen Stellenwert, denn Italien wollte Teil der NATO werden, aber wichtige Entscheidungen für das Land im Falle einer Verteidigung selbst treffen können. Die Souveränität des italienischen Parlamentes im Falle des aktivierten Artikels 5 des NATO-Vertrages war für viele Diskursträger von großer Bedeutung. Sowohl De Gasperi als auch Parteifreund Cappi³⁵¹ sprachen in ihren Reden den „*automatismo*“ wie folgt an:

„[...] *di fronte ad una aggressione, non vi sarebbe stato automatismo: le nazioni partecipanti al patto si sarebbero consultate; vi sarebbe stata una prima consultazione e in secondo luogo vi sarebbe stata la garanzia dell'apello e della decisione definitiva del Parlamento [...]*“³⁵² (Liberti und Cortesi 1989: 91).

Nach Auffassung der Sozialisten schränkte Artikel 5 des NATO-Vertrages Italien in seiner Souveränität maßgeblich ein, durch die Mitgliedschaft in diesem Bündnis werde das Land automatisch in den Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion hineingezogen. Somit war auch das Argument, die NATO würde die nationale Sicherheit Italiens gewährleisten, aufgehoben, da ein Krieg gegebenenfalls auf europäischem Boden ausgetragen werden würde (Kelle 1997: 127).

DC-Abgeordneter Cappi betonte hingegen, dass aus Regierungssicht die Neutralität Italiens im internationalen Umfeld ausgeschlossen wäre. Um die Neutralität eines Landes aufrecht erhalten zu können, müsste eine innenpolitische Einheit, eine „*coscienza unitaria*“ (zit.n. Liberti/Cortesi 1989: 90) gegeben sein. Ohne diese könne die Regierung nicht die in einer Bündnispolitik vorhandenen Vorteile ausgleichen. Das Argument der Opposition, die Unabhängigkeit des Landes würde die nationale Sicherheit gewährleisten,

³⁵¹ Vgl. Rede des DC- Abgeordneten Cappi, am 14. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 88–92).

³⁵² „[...] in Gegenwart eines Angriffs wird es keinen Automatismus geben: Die am Bündnis beteiligten Staaten werden konsultiert; nach ersten Konsultation wird es eine Garantie auf eine Berufung und die entgeltliche Entscheidung des Parlaments geben.“

entkräftete Cippi durch historische Beispiele. Er argumentierte hauptsächlich mit den Erfahrungen neutraler europäischer Staaten wie Belgien, Niederlande, Finnland, Dänemark und Norwegen und deren gefährdete Sicherheit in den Jahren um 1914 und 1939 (Kelle 1997: 124).

Ebenso wie die Regierung lehnte auch die PRI (*Partito repubblicano italiano*) einen neutralen Status Italiens ab. La Malfa³⁵³ sah ebenso wie Cippi die Geschichte Italiens als nicht vergleichbar mit neutralen Ländern – wie etwa der Schweiz – an. Für Italien bestünde die Möglichkeit der Neutralität nicht, den Wunsch der Opposition nach der politischen wie militärischen Unabhängigkeit des Landes nannte er „egoistisch“ (zit.n. Liberti und Cortesi 1989: 95).

Der linke Flügel der DC kritisierte das Verhalten der Regierung und wehrte sich zunächst auch gegen eine Unterordnung Italiens unter die amerikanische Führung. Sie forderten ein politisch neutrales Europa und die militärische Unabhängigkeit Italiens (Kelle 1997: 120). Tambroni³⁵⁴, Abgeordneter der DC und Angehöriger des linken Flügels, befürchtete, dass das Ergebnis des Friedensvertrag von 1947 und die Rüstungssituation des Landes die Stellung Italiens innerhalb des nordatlantischen Bündnisses schwierig gestalten könnte. Eine neutrale Haltung wäre theoretisch sinnvoll gewesen, praktisch aber kaum umsetzbar, da Italien nicht eigenständig seine Sicherheit gewährleisten konnte. Die NATO hingegen sei Instrument und Garant für den Frieden – „*strumento di garanzia per la pace*“ (Liberti und Cortesi 1989: 152). Auch Giordani³⁵⁵, der ebenfalls der DC-Linken zuzuordnen ist, sah die Unabhängigkeit als ideale Lösung für Italien an. Neutralität im internationalen Umfeld sei jedoch nur möglich, wenn ein Land sich selbst verteidigen kann. Italien hätte sich wiederbewaffnen und das gesamte Staatseinkommen für Rüstung ausgeben müssen. Ein politisch wie militärisch unabhängiges Italien bliebe somit eine Illusion. Die DC-Linke stimmte letztlich ebenfalls für den Beitritt Italiens zur NATO, machte jedoch als „Kompromiss“ für Gegner und Befürworter zur Bedingung, dass Italien den Auftrag habe, die Allianz zu einem „Bündnis des Friedens“ zu machen (Kelle 1997: 126; Liberti und Cortesi 1989: 142).

Italien als verantwortungsbewusster und friedliebender Staat

Nach dem Friedensvertrag von 1947, der Italien als Kriegsschuldigen ansah, war es Italien daran gelegen, einen aktiven Beitrag für einen dauerhaften Weltfrieden leisten zu können. Die Regierung betonte daher ausdrücklich, dass die NATO der Friedenssicherung diene und einen defensiven, friedlichen Charakter habe. Sowohl De Gasperi wie auch die DC-Abgeordneten Cippi,

³⁵³ Vgl. Rede des PRI- Abgeordneten La Malfa, am 14. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 92-96).

³⁵⁴ Vgl. Rede des DC- Abgeordneten Tambroni, am 17. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 150-153).

³⁵⁵ Vgl. Rede des DC- Abgeordneten Giordani, am 16. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 139-140).

Ambrosini³⁵⁶ und Tambroni sprachen dies in ihren Reden an, Außenminister Sforza: „*Il Patto Atlantico é difensivo, e noi, membri di esso, saremo entro di esso al servizio della pace*“³⁵⁷ (zit.n. Liberti und Cortesi 1989: 116). Den defensiven Charakter des Paktes versuchte Cippi durch das Argument, Demokratien seien friedlicher als Diktaturen und die NATO sei ein Bündnis von Demokratien unter der Führung der USA, zu untermauern (Liberti und Cortesi 1989: 91). Das Identitätselement des friedliebenden Italiens wird hinter vielen Argumentationen erkennbar: Italien musste dem Nordatlantikpakt beitreten, um seinen Beitrag für die Friedenssicherung auf der Welt und vor allem in Europa zu leisten. Italien hatte eine pazifistische, friedliebende und verantwortungsvolle Grundeinstellung - die von der Bevölkerung ebenso wie von der politischen Elite getragen wurde.

Auch die Kommunisten und Sozialisten sahen Italien als friedliebenden und verantwortungsvollen Staat – gerade aus diesem Grund lehnten sie aber einen Beitritt zum Atlantischen Bündnis ab. Die NATO stellte für sie einen aggressiven und offensiven Pakt dar, der den Frieden gefährdete und Krieg und Konflikt provozierte. Die Kritik der linken Diskursträger bezog sich hauptsächlich auf die aggressive Politik der USA, die ihrer Meinung nach die NATO anführen und in ihrem Sinne lenken würden. PCI-Abgeordneter Pajetta³⁵⁸ interpretierte die Ziele der NATO als Expansionspolitik der amerikanischen Führung und betonte ausdrücklich die Kriegsgefahr in Europa. „*Il Patto Atlantico é la grave prova della politica aggressiva degli Stati Uniti d'America*“³⁵⁹ (zit.n. Liberti und Cortesi 1989: 69). Der Pakt schien für die Kommunisten somit ein „*Patto di guerra*“ zu sein. Der PCI-Generalsekretär Togliatti³⁶⁰ nahm in seiner Rede Bezug auf Cippis Aussage, Demokratien würden keine Kriege führen. Er widerlegte dieses Argument, indem er Beispiele vergangener „Kriege“ aufführte, wie die Kolonialkriege des 19. und 20. Jahrhunderts, den Krieg der USA gegen Spanien und den laufenden „*guerra contro il popolo greco*“, gegen das griechische Volk, und zahlreiche geführte Kriege der Franzosen, Briten und Japaner – seiner Ansicht nach allesamt Kriege, die von Demokratien organisiert wurden. Auch die 484 Militärbasen der USA auf der ganzen Welt widersprächen dem Argument, die USA würde keine Kriegs- und Aggressionspolitik betreiben (Liberti und Cortesi 1989: 123). Die Kommunisten gingen vielmehr davon aus, dass die Vereinigten Staaten von Amerika mit der NATO absichtlich einen Krieg, und zwar ausgetragen in Europa, provozieren wollten. Togliatti appellierte deshalb sogar an alle

³⁵⁶ Vgl. Rede des DC- Abgeordneten Ambrosini, am 15. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 104 – 108).

³⁵⁷ „Der NATO - Vertrag hat verteidigenden Charakter, und wir, als an ihm Beteiligte, werden durch ihn dem Frieden dienen.“

³⁵⁸ Vgl. Rede des PCI-Abgeordneten Pajetta, am 12. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 66- 75).

³⁵⁹ „Der NATO-Vertrag ist der schwere Beweis der aggressiven Politik der Vereinigten Staaten Amerika.“

³⁶⁰ Vgl. Rede des PCI-Generalsekretärs Togliatti, am 15. März 1949 (Liberti und Cortesi 1989: 113-133).

Abgeordneten, dass es ihre ausdrückliche Aufgabe sei, den Frieden zu wahren und zu sichern und sie aus diesen Gründen den Beitritt Italiens zur NATO ablehnen müssten, denn die atlantische Allianz bereite den Krieg gegen die Sowjetunion vor und beschneide die Unabhängigkeit und Freiheit des italienischen Volkes.

„Noi diciamo no al Patto Atlantico, perché patto di preparazione alla guerra; diciamo no alla vostra politica perché politica di ostilità e aggressione contro l'Unione Sovietica, diciamo no agli intrighi imperialistici che voi state tessendo ai danni del popolo italiano, della sua indipendenza, della sua libertà“³⁶¹ (z.n. Liberti und Cortesi 1989: 133).

Die Argumentationen aller Diskursträger zielten auf die Förderung des Friedens ab. Durch organisierte Streiks und Demonstrationen versuchten die Oppositionsparteien, auch die Öffentlichkeit für ihre Definition des Friedenserhalts und gegen ein Militärbündnis und den Willen der Regierung zu mobilisieren. Der NATO-Diskurs wurde somit von der PSI und PCI in die Diskussion der öffentlichen Meinung gerückt. Die Regierung schaffte es gleichwohl, ihre Interpretation der Friedensförderung, nämlich der NATO-Beitritt, in der Bevölkerung und im Parlament mehrheitsfähig zu machen (Kelle 1997: 134).

Das christliche, katholische Italien

Anlässlich des NATO-Diskurses wurde die katholische Welt Italiens ebenso mobilisiert wie während der Parlamentswahlen 1948.³⁶² Einige Diskursträger, wie beispielsweise die Gruppe „*Civiltà Cattolica*“ unterstützten den Regierungskurs und befürworteten konsequent den Beitritt zur Atlantischen Allianz. Nur die NATO schien ihnen das geeignete Bündnis zu sein, das den Fortbestand der politischen und religiösen Institutionen sichern und den Weltfrieden gewährleisten konnte. Der Kommunismus wurde verurteilt und als Gefahr für die christliche Gemeinschaft angesehen. Die USA wurde von dieser katholischen Gruppierung als Führungsmacht anerkannt. Andere katholische Gruppen nahmen nicht direkt Einfluss auf den Diskurs, da sie keine eindeutige Stellungnahme zur italienischen Bündnis- und Verteidigungspolitik abgaben. Die Domenikaner „*Vita Sociale*“ befürworteten beispielsweise grundsätzlich die Teilnahme am Marshall-

³⁶¹ „Wir sagen "nein" zum NATO - Vertrag, da er ein kriegsvorbereitendes Bündnis darstellt; wir sagen "nein" zu eurer Politik, da sie eine feindliche und aggressive Politik gegen die Sowjetunion darstellt, wir sagen "nein" zu den imperialistischen Intrigen, die ihr gegen das italienische Volk anzettelt, gegen seine Unabhängigkeit, seine Freiheit.“

³⁶² Vgl. hierzu Kelle 1997: 119-120, sowie das Kapitel in: Quartararo, Rosaria: „*IL mondo cattolico italiano e il Patto Atlantico*“ S. 280 – 291 (Quartararo 1986), in welchem die unterschiedlichen Meinungen und Argumente der Christdemokraten wie auch der einzelnen katholischen Gruppierungen näher erläutert werden.

Plan und waren positiv gegenüber den USA eingestellt, lehnten jedoch ein feindliches Gegenüberstehen der beiden Blöcke ab.

Italien als Teil des Westens

Italien hatte bereits durch die Teilnahme am Marshall-Plan und den Wahlsieg der DC 1948 eine grundlegende westliche Orientierung gezeigt. Besonders der Regierung war an einer deutlichen Angliederung an den Westen gelegen. Nach der gewonnenen Wahl 1948 gewährte die NATO einerseits die nationalen Sicherheit, andererseits schien sie aber auch einen Schutz gegen den Kommunismus und die kommunistischen Strömungen innerhalb des Landes zu gewährleisten. De Gasperi und Sforza hofften, durch den Beitritt auch ihre innenpolitische Situation stabilisieren zu können. Ambrosini betonte in seiner Rede, dass Italien auch eine historische Verpflichtung gegenüber den USA habe. Hauptsächlich durch die Wirtschaftshilfen und finanziellen Mittel der USA schien der Wiederaufbau Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg möglich gewesen zu sein. Die massive Unterstützung der USA im Wahlkampf hatte zu einem Sieg der DC beigetragen und somit die Fortführung der finanziellen Hilfen für Italien zunächst gesichert. Auch in dieser Zeit brauche Italien die Unterstützung und Sicherheit der USA noch, um seine innenpolitischen Probleme bewältigen zu können (Kelle 1997:125). Die USA standen laut Ambrosini einem europäischen Integrationsprozess positiv gegenüber und unterstützten diesen auch. Aus diesen Gründen müsse Italien sich einem Bündnis mit den USA anschließen. Die Argumentation beruhte unter anderem auch darauf, dass Italien der westlichen Wertegemeinschaft angehöre und gemeinsame ideologische Prinzipien mit den NATO-Partnern habe (Pistone 1991: 220).

Die Oppositionsparteien, insbesondere die PCI, widersprachen der italienischen Zugehörigkeit zu einem westlichen Wertesystem und erklärten sich solidarisch mit dem Proletariat der Sowjetunion. Eine Mitgliedschaft in der nordatlantischen Allianz würde, laut Togliatti, einem Bruch mit der Solidarität zum sowjetischen Arbeitervolk gleichkommen. Der Beitritt zur NATO würde außerdem die Blockbildung besiegeln und Italien zum möglichen Austragungsort einer Konfrontation der beiden Supermächte machen. PSI-Chef Nenni betonte, dass es keine geographische Begründung gebe, Italien in die NATO zu integrieren, da das Land außerhalb des Nordatlantikraumes liege. Mit der Begründung, Italien grenze an Frankreich, müsse konsequenterweise auch Österreich aufgenommen werden, und dann könnte man das sogenannte Atlantische Bündnis auch auf die ganze Welt ausdehnen. Die NATO wäre damit direkt gegen die Sowjetunion gerichtet und würde die Sowjetunion isolieren (Liberti und Cortesi 1989: 58 – 59).

Die Regierung hingegen gab allein der Sowjetunion die Schuld an der Blockbildung. Durch die Aufnahme in die UNO hatte man versucht, sie zu integrieren, doch durch die Bildung des Eisernen Vorhangs und die Spaltung

Europas habe die Sowjetunion sich selbst isoliert und die Blockbildung verursacht.

Italien als Teil Europas

Insbesondere die Republikaner sahen einen engen Zusammenhang zwischen dem Beitritt Italiens zur Atlantischen Allianz und dem europäischen Integrationsprozess. Die Vorwürfe der Opposition, dass der Marshall-Plan und die NATO eine Einmischung der USA in europäische Angelegenheiten sei, teilte auch La Malfa bis zu einem gewissen Grad. Brüsseler Pakt, Europarat und OEEC hingegen seien aber keine von den USA initiierten Verträge, sondern europäische Bündnisse, die allerdings durch den Marshall-Plan und die NATO unterstützt würden. Die Republikaner sahen die Atlantische Allianz auch als Teilstück auf dem Weg der europäischen Einigung an. Ein Bündnis, welches friedlich die Wiedervereinigung Europas herbeiführt. *„Il Patto Atlantico e un elemento, un mezzo contingente, pacifico per la ricostruzione dell'Europa“*³⁶³ (z.n. Liberti und Cortesi 1989: 96). Eine italienische Beteiligung am europäischen Integrationsprozess war für die PRI essentiell; aus diesem Grund musste sich Italien auch, als Teil Europas, der NATO anschließen. Bereits die Mitgliedschaft am Brüssler Vertrag ist von den Republikanern angestrebt worden, denn es war ein europäischer Vertrag, und Italien durfte sich nicht selbst aus Europa ausschließen. Das Land müsste an europäischen Verträgen oder solchen, die den europäischen Integrationsprozess fördern, teilnehmen, egal, ob diese Bündnisse politischer oder militärischer Art seien. Mit diesen Argumenten befürwortete La Malfa auch die NATO-Mitgliedschaft Italiens.

*„Ho sempre detto: il Patto di Bruxelles è un patto europeo e l'Italia ci deve stare in tutto quel che significa Europa, sia patto politico sia patto economico o militare.[...] Il fatto militare non è diverso dal fatto economico e sociale. E' l'espressione di una seria capacità politica dei polpoli a unirsi“*³⁶⁴ (Liberti und Cortesi 1989: 94).

Die Argumente der PRI wurden weitestgehend auch von der Regierung mitgetragen. Die Oppositionsparteien hingegen sahen Italien dazu verpflichtet, dem Militärbündnis der USA nicht beizutreten, da dieses nicht zum europäischen Integrationsprozess, sondern zur Spaltung Europas beitrage. Europa – so

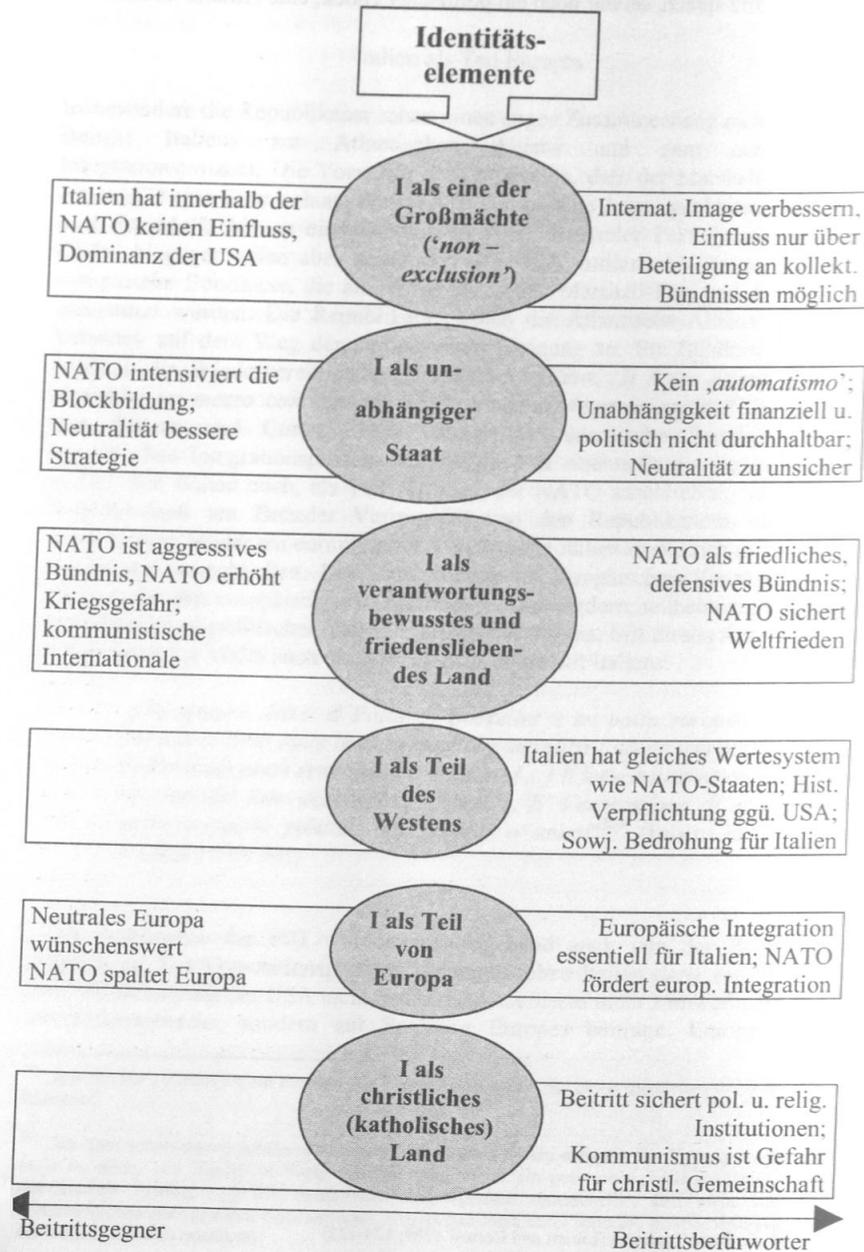
³⁶³ „Der NATO - Vertrag ist ein Element, ein kontingentes Mittel, für einen friedlichen Wiederaufbau Europas.“

³⁶⁴ „Ich habe schon immer gesagt: der Vertrag von Brüssel ist ein europäischer Vertrag und Italien muss an allem, was Europa bedeutet, beteiligt sein, sei es ein politischer, wirtschaftlicher, oder militärischer Vertrag. [...] Die militärische Angelegenheit unterscheidet sich nicht von der wirtschaftlichen oder sozialen Angelegenheit. Sie ist Ausdruck einer seriösen, politischen Fähigkeit der Völker, sich zu vereinigen.“

Togliatti – sei bereits nicht mehr als ein großes Territorium und das Europa, von dem La Malfa sprach, sei nur noch ein politischer Block, eine Allianz³⁶⁵.

³⁶⁵ Vgl. die Rede Togliattis (Liberti und Cortesi 1989: 124-125)

Abb. 22: Der italienische Diskurs zum NATO-Beitritt (1947-1949)



Diskurshegemonie

Abschließend wird auf die Gewichtung der einzelnen Identitätselemente und der daraus entstehenden Diskurshegemonie im NATO-Diskurs eingegangen.

Das Identitätselement „Italien als friedliebender Staat“ stellt im Verlauf des NATO-Diskurses das dominante Element dar. Es tauchte sowohl in den Argumentationen der Beitrittsbefürworter als auch der Gegner der NATO-Mitgliedschaft besonders oft auf. Die Kommunisten und Sozialisten nutzten es, um darauf aufmerksam zu machen, dass Italien als friedliebender Staat dem aus ihrer Sicht aggressiven und offensiven Militärbündnis der USA nicht beitreten dürfe. Den Oppositionsparteien gelang es, auch die öffentliche Meinung mit diesem Argument zu mobilisieren. Die von PSI und PCI organisierten Streiks und Demonstrationen gegen den NATO-Beitritt nahmen Einfluss auf den Diskursverlauf, da die Regierung gezwungen war, ihre Außen- und Sicherheitspolitik primär am Ziel der Aufrechterhaltung und Förderung des Friedens auszurichten. Auf die letztliche Parlamentsentscheidung hatte die öffentliche Meinung jedoch keinen Einfluss.

Die Exekutive argumentierte im Diskursverlauf auf vielen Ebenen und konnte somit die Zweifler innerhalb der eigenen Partei ebenso wie Teile der öffentlichen Meinung von ihrer Politik, die den NATO-Beitritt als notwendig erachtete, überzeugen. In ihrer Argumentation stützte sich die Regierung somit ebenfalls hauptsächlich auf das Identitätselement des friedliebenden Staates. Es wurde dazu genutzt zu verdeutlichen, dass Italiens Beitrag zum Weltfrieden nur durch eine NATO-Mitgliedschaft gesichert werden könne, da die Atlantische Allianz ein Garant für den Frieden darstelle. Auch wurde dieses Element mit der Gewährleistung der nationalen Sicherheit des Landes verknüpft und steht damit in engem Zusammenhang mit dem Identitätselement „Italien als unabhängiger Staat“. Die politische und militärische Unabhängigkeit des Landes wurde zwar von vielen Diskursträgern gewünscht, aus Sicherheitsgründen erschien sie jedoch unrealistisch. Besonders in der Argumentation der Sozialisten und Teilen der Christdemokraten wurde ein unabhängiges Italien angestrebt, die kommunistischen Strömungen innerhalb des eigenen Landes und die Expansionspolitik der Sowjetunion wurden jedoch als Bedrohung wahrgenommen. Als neutraler Staat hätte Italien nach dem Zweiten Weltkrieg politisch und militärisch somit keinesfalls seine eigene Sicherheit gewährleisten können. Es war also notwendig, Italien in ein Bündnis einzugliedern, um eine friedensfördernde Politik ermöglichen zu können.

Die Gewichtung der weiteren Identitätselemente lässt keine eindeutigen Schlüsse in Bezug auf die Diskurshegemonie zu. Dies liegt vor allem daran, dass die Beitrittsgegner sich hauptsächlich auf das Argument des aggressiven, von

den USA geführten Bündnisses stützten – und ansonsten lediglich versuchten, die Argumente der Regierung zu widerlegen.

Für die DC waren hingegen weitere Identitätselemente wie „Italien als Teil der großen Mächte“ und „Italien als Teil des Westens“ von besonderer Bedeutung. Dies resultierte aus dem unbedingten Willen, nicht aus dem Kern der großen Mächte ausgeschlossen zu werden. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die Resultate des Friedensvertrages von 1947 hatten in dieser Wahrnehmung dazu beigetragen, dass Italien sich aktiv für die Sicherung seines internationalen Ansehens und seines Einflusses in der internationalen Politik einsetzen musste. Da Italiens Wertesystem und das demokratische politische System dem der westlichen Staaten und der NATO-Mitglieder entsprachen, sah die Regierung den Beitritt zur Atlantischen Allianz als folgerichtig an. Das Identitätselement „Italien als christliches katholisches Land“ wurde lediglich auf Seiten der Befürworter erkennbar. Ihm kam kein großes Gewicht im Diskursverlauf zu, es war aber in der Argumentation der DC präsent.

Das Identitätselement „Italien als Teil Europas“ wurde vorwiegend auf der Seite der Beitrittsbefürworter genutzt und mit dem Element des friedliebenden Staates vermischt. Italien musste der NATO beitreten, um seinen Beitrag für eine Vereinigung Europas wahrzunehmen, die Sicherheit Europas zu gewährleisten und auch die Wohlfahrt der europäischen Länder zu ermöglichen.

Auch externe Faktoren beeinflussten die Argumentationen der Regierung: Nachdem sich die USA für die Mitgliedschaft Italiens in der NATO entschieden hatte und diese massiv unterstützte, fühlte sich Italiens Regierung den USA gegenüber verpflichtet. Die Wirtschaftshilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Diskursverlauf von der DC wiederholt als Argument angeführt.

Der innenpolitische Druck hatte ebenfalls Einfluss auf die Chronologie der Regierungsargumentation. Die 1948 neu verabschiedete christdemokratische Regierung sah sich durch die kommunistischen Strömungen in Italien gefährdet. De Gasperi und sein Kabinett erhofften sich durch die NATO-Mitgliedschaft und die dadurch deutlich werdende Zugehörigkeit zum Westen eine innenpolitische Stabilisierung.

Durch die breitgefächerte Argumentationsführung, den Rückgriff auf verschiedenste Identitätselemente und der geschickten Instrumentalisierung des Ost-West-Konflikts gelang es der DC, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Parlamentsmehrheit und der relativ autonomen Stellung der Exekutiven im italienischen institutionellen Gefüge, die Öffentlichkeit und die Abgeordnetenkammer in ihrem Sinne zu überzeugen und den NATO-Beitritt durchzusetzen.

B Der italienische Diskurs zum Zweiten Golfkrieg (1990/1991)

(Ilka Leisenheimer)

Einleitung

Der zweite Golfkrieg ist aus mehreren Gründen geeignet, Identitätselemente und Argumentationsmuster der italienischen außenpolitischen Debatte aufzuzeigen. Zum einen stellte er den vorläufigen Höhepunkt des langsam wachsenden Engagements Italiens im Laufe der 80er Jahre in *out-of-area* Missionen dar. Zum anderen stellte das Ende des Kalten Krieges und die Vertiefung der europäischen Integration Italien vor eine neue Situation, die sich in der Debatte um die Teilnahme Italiens am Golfkrieg widerspiegelte. Die Debatte im Golfkrieg wurde zur ersten wichtigen Etappe Italiens auf seiner „Suche nach einem neuen Selbstverständnis“ (Radbruch 1998: 13).

Die Literaturlage zur italienischen Außenpolitik im Allgemeinen und auch in deutscher Sprache ist eher bescheiden und konzentriert sich damit auf Standardbeiträge zur italienischen Außenpolitik, wie sie insbesondere europäischen Sammelbänden zu entnehmen sind. Für den Golfkrieg kommen spezielle Arbeiten hinzu, dabei sind insbesondere die Zusammenstellung der Debatte von Panebianco (1991) sowie die Einzelstudien von Guazzone (1992) und Stepp (2001) zu berücksichtigen.

Diskurskontext

Am 2. August 1990 besetzten die irakischen Truppen unter Saddam Hussein das Emirat Kuwait. Der Besitz Kuwaits hätte zur Folge gehabt, dass Saddam Hussein die wirtschaftliche und militärische Möglichkeit besessen hätte, seine Nachbarn, die den größten Teil der globalen Erdölreserven besitzen, unter Druck setzen und somit kontrollieren zu können (U.S. Policy Information and Texts 1990: 58). Der Diktator war auf dem Weg, sich enormen Einfluss auf die Ölproduktion zu sichern – eine Entwicklung, die zum ersten internationalen Konflikt nach Ende des Ost-West-Konfliktes führte (May 1991: 54).

Aufgrund der ausgehenden Gefahr riefen die USA den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an; dieser forderte noch am selben Tag einstimmig unter Berufung auf Art. 39 und Art. 40 der UN-Charta einen sofortigen Rückzug der irakischen Truppen. Am 6.8.1990 beschloss der Sicherheitsrat ein Handels-, Finanz- und Militärembargo gegen den Irak.³⁶⁶ Weitere Resolutionen der UN waren erfolglos, und daraufhin wurde am 25.8.1990 vom Sicherheitsrat der Einsatz militärischer Mittel beschlossen, um das Embargo durchzusetzen zu

³⁶⁶ UN-Resolution Nr. 660. www.un.org/Docs/Scres/1990/scres90.htm [03.08.2000].